

ich Muster und Strukturen aufgezeigt, die im heutigen Kamerun relevant sind für die Stabilität des politischen Systems.

7.2 Zentrale Erkenntnisse und Schlussfolgerungen

In der Zusammenschau empirischer und theoretischer Erkenntnisse lassen sich aus meiner Arbeit drei zentrale Schlussfolgerungen ziehen:

7.2.1 Sicherheit und *Statebuilding* in der Verlaufsperspektive

Meine Analyse zeigt: Für das Verständnis des kamerunischen *Staatsbildungsprozesses* ist das Thema Sicherheit ein Schlüssel, da die Wahrung der politischen Ordnung und die Übergabe des Gewaltmonopols darüber verhandelt wurde. Daher habe ich Sicherheitssprechakte der französischen Verwaltung sowie der UPC, die vor dem Hintergrund eines politischen Konflikts entwickelt und geäußert wurden, rekonstruiert; diese Artefakte habe ich nach funktionalen Dimensionen ausgewertet. So ermittelte ich folgende Narrative, die die *Grammatik der Sicherheit* bildeten: das *Narrativ der französisch-kamerunischen Freundschaft*; das *Narrativ der nationalen Einheit*; das *Narrativ des bedrohten Staates*; das *Narrativ der Demokratie*.

Durch die Auswertung der Sicherheitssprechakte konnte ich die aufeinander bezogenen Bedrohungswahrnehmungen der beiden Akteure aufzeigen (Kapitel 6.1. und 6.2.). Die UPC konstruierte die Präsenz und Einflussnahme Frankreichs sowie die Nähe der kamerunischen Elite zu Frankreich als bedrohlich; weiterhin kritisierte sie die französische Verwaltung für ihr grundrechtseinschränkendes Verhalten sowie die UN für die Delegitimierung der Bedrohungsartikulationen seitens der UPC. Die Sicherheitspraktiken der französischen Verwaltung wirkten sich auf die UPC in ihrer politischen wie physischen Existenz aus; die Partei setzte folglich das eigene politische Überleben als schützenswertes Gut zentral, da dieses durch die *Versicherheitslichungsversuche* der französischen Verwaltung bedroht wurde. Die Sicherheitspraktiken der Partei zielten auf die Idee eines souveränen und dekolonisierten kamerunischen Staates, der im internationalen System souverän und ohne Unterstützung Frankreichs agieren sollte. Die französische Verwaltung hingegen zeigte, dass sie sehr klare Vorstellungen von der Repräsentation und der zukünftigen Staatlichkeit Kameruns hatte; alternative Konzepte für Kameruns Zukunft ließ sie nur in einem begrenzten Rahmen zu, wodurch der Handlungskorridor der politischen Entwicklung eingeschränkt wurde. Die Verwaltung gründete ihr Handeln auf einem UN-Abkommen, das Meinungs- und Pressefreiheit vorsah, und verortete sich selbst darin als legitime Vertretung, um die politische Ordnung aufzubauen, zu verteidigen und durchzusetzen. Die tatsächliche Mandatsausführung changierte, wie meine Analyse zeigt, zwischen der Orientierung an internationalen Verfah-

rensregeln und Menschenrechten sowie kolonialen Sicherheitspraktiken. Die Dreiecksbeziehung von UN-Treuhandrat, Verwaltung und antikolonialer UPC prägte die Deutungen und Praktiken der beteiligten Akteure. Mithilfe einer Verlaufsperspektive habe ich die strukturellen Bedingungen sowie den Resonanzboden, auf dem sich Sicherheitssprechakte und Bedrohungskonstruktionen entwickelten, untersucht. In der empirischen Analyse habe ich nachgezeichnet, inwiefern die UPC das Handeln der Verwaltung als kolonial verstand und darauf mit (antikolonialer) Politik und Gewaltmitteln reagierte. Als die UPC Gewalt einsetzte, bestätigte sie damit die französische Bedrohungskonstruktion der UPC als gefährliche antikoloniale und kommunistische Unabhängigkeitsbewegung und legitimierte repressive Sicherheitstaktiken der Mandatsverwaltung. Mit einer Verlaufsperspektive konnte ich Schlüsselsituationen ausmachen, in denen Sicherheitspraktiken die Situation eskalieren ließen: Für drei Zeitfenster zeige ich, wie sich der Konflikt formierte, wie er eskalierte und sich nachhaltig als gesellschaftliche Konfliktlinie institutionalisierte.

Meine Untersuchung macht die Gleichzeitigkeit von Ver- und Entsicherheitsbemühungen – auf verschiedenen Ebenen und im zeitlichen Verlauf – deutlich. So waren viele politische Maßnahmen auf der internationalen Ebene formal auf die neu zu erschaffende Staatlichkeit und damit auf eine Entsicherheitslichung gerichtet, sie wurden jedoch ausgeführt in einer versicherheitslichten Form. Der Modus der Dringlichkeit und die angenommene Notwendigkeit, zu versicherheitslichen, hingen dabei stark von der Akteursposition und der Legitimität, die die internationale Öffentlichkeit den Akteuren zu-/aberkannte, ab. Meine Arbeit zeigt, dass Sicherheitskonstruktionen Einfluss auf die Konflikteskalation und die Entwicklung von Staatlichkeit haben – und damit auch auf aktuelle Konfliktlinien. Damit stützt meine Untersuchung die Perspektive jener Wissenschaftler_innen, die argumentieren, dass die Einbeziehung der historischen Erfahrung zu einem reflektierteren Umgang und Verständnis aktueller Interventionspraktiken führe (Saratnam, 2017).

7.2.2 Eine Postkoloniale Perspektive auf Sicherheit

Mit der Arbeit zeige ich, wie mit einer postkolonialen Perspektive *Versicherheitslichungsansätze* so verändert werden können, dass sie die Eskalation des Konflikts in Kamerun erklären, aber auch auf den Handlungsspielraum der Akteure eingehen können (Kapitel 6.1. – 6.3.). Da üblicherweise *Versicherheitslichungstheorien* nur in etablierten Demokratien mit einem freien Mediensystem angewendet werden und damit Kamerun kein klassischer Fall für die Theorieanwendung wäre, habe ich zunächst die Frage aufgeworfen, inwiefern *Versicherheitslichungsansätze* in spezifischen historischen Kontexten und jenseits demokratischer Systeme angewendet werden können, Sicherheit also historisiert werden kann (Kapitel 4). Das heißt, ich habe

mit einer postkolonialen Perspektive *Versicherheitlichungsansätze* so verändert, dass sie für meine Fragestellung fruchtbar werden und zu neuen Erkenntnissen führen: Indem ich mich auf Regeln statt auf demokratische Abläufe bezogen habe, konnte ich *Versicherheitlichungsversuche* in Kamerun nachzeichnen und damit erklären, wie der Konflikt eskalierte; für das Treuhandsystem in Kamerun existierten keine formalisierten Abläufe, deren Bruch gerechtfertigt werden musste – vielmehr kann die gesamte Treuhandzeit als Ausnahmesituation angesehen werden, in der dennoch Legitimitätsgewinnung ein wichtiger Faktor war. Die beteiligten Akteure bezogen sich auf das UN-Mandat und die UN-Menschenrechte als Verfahrensregeln, um ihr Handeln zu sanktionieren und den Konkurrenten zu delegitimieren; daran zeigt sich, dass der Treuhandrat den konfliktentscheidenden Rahmen vorgab.

Zudem konnte ich unter Rückgriff auf Fanon ([1961] 1981) und DuBois ([1903] 2008) sowie Suids *contrapuntal reading* (1994) ermitteln, wie die alltägliche Sicherheitserfahrung als Atmosphäre der Gewalt erlebt wurde, welche Schlüsselmomente aus unterschiedlichen Positionierungen situativ anders erfahren wurden und welche Emanzipationsmöglichkeiten sich über Sicherheitssprechen ergaben: Indem ich Sicherheit als Prozess konzeptionalisiert habe, konnte ich Schlüsselmomente und Narrative im Dekolonisierungsprozess und deren Kontinuitäten im postkolonialen Staat untersuchen. Ich habe gezeigt, dass die französische Verwaltung und die antikoloniale UPC Sicherheitssprechakte strategisch nutzten, um ihre Position zu verbessern und Einfluss auf die Konfliktodynamik zu nehmen. Sicherheitskommunikation markiert demnach nicht nur die Atmosphäre der Gewalt, sondern auch die Handlungsmacht der Akteure, die sich durch Gewalthandeln und Imitation (*mimikry*) von Sicherheitssprechakten veränderte. Obgleich die französische Verwaltung die Gewaltanwendung nicht staatlicher Akteuren wie der UPC als terroristisch verurteilte, führte die angewandte Gewalt paradoxerweise dazu, dass Kamerun auf die Agenda des internationalen Publikums rückte – sogar stärker als durch die diplomatische Vertretung oder durch Petitionen. Die UPC selbst jedoch verlor durch die Strategie der Gewalt jeglichen politischen Einfluss im Transitionsprozess. Mit einer postkolonialen Perspektive zeige ich, dass die Positionalität der versicherheitlichenden Akteure sowie die Anknüpfung an bestimmte Deutungsmuster und Makro-Narrative wichtig waren für deren Legitimitätsgewinnung. Der Kopenhagener Schule folgend wären politische Eliten in der privilegierten Lage, Sicherheitsbedrohungen zu artikulieren und Gegenmaßnahmen erfolgreich umzusetzen. Unter Verweis auf routinisierte Praktiken sowie auf das Emanzipationspotential von Sicherheit konnte ich mithilfe postkolonialer Theorien herausstellen, dass Lern- und Konstitutionsprozesse (*mimikry*) bezüglich Sicherheit möglich sind. Auf der internationalen Ebene sind Sicherheitssprechakte, die an globale Narrative anknüpfen, erfolgreicher in der Umsetzung, als diejenigen, die lediglich lokal anknüpften; Wæver benennt mit Verweis auf Austin (1962) *facilitating conditions* (umsetzungsför-

derlichen Bedingungen), die den Erfolg von *Versicherheitslichungen* bedingen: Diese umsetzungsförderlichen Bedingungen zeigen sich im Fall Kameruns auch in der Langzeitbetrachtung. Denn Sicherheitssprechakte, die an eine zuvor geprägte *Grammatik der Sicherheit* anknüpften, waren erfolgreicher zu etablieren – auch wenn sich die Machtbeziehungen mittlerweile geändert hatten. Diese Beobachtungen lassen sich anhand der Bewertung von Gewalthandlungen in Kamerun illustrieren: Sobald Gewalthandlungen einem zuvor konstruierten Rahmen – wie etwa: terroristische Gewalt – zugeordnet werden konnten, waren Sicherheitssprechakte, die diese Gewalthandlungen als illegitim inszenierten, erfolgreich. Wurde Gewalt hingegen als staatliche Gewalt interpretiert, führte dies dazu, dass Sicherheitssprechakte, die diese Gewalt als illegitim verurteilten, nicht beachtet wurden. Auch wenn die UPC Repressionen der französischen Verwaltung monierte und mit ihren politischen Forderungen – Unabhängigkeit, Wiedervereinigung und Amnestie – zentrale Themen der Mandatszeit setzen konnte, verlor sie durch die Anwendung von Gewalt doch klar an Einfluss in der Unabhängigkeitsperiode.

Die Repräsentationssysteme, die diese Rahmungen erklären können und die im Treuhandgebiet Kamerun im Konflikt standen, arbeite ich mithilfe postkolonialer Konzepte heraus. Insbesondere habe ich dafür Said (1979) genutzt: Seine Analyse der Konstruktion des außereuropäischen Anderen im Kolonialdiskurs bot kontextuelle Erklärungen für das Verständnis von Sicherheitsakten seitens der UPC. Zudem habe ich das Konzept der Handlungsmacht von Bhabha ([1994] 2012) herangezogen, um postkoloniale Subjektivität und Handlungsspielräume ausmachen zu können. Mithilfe einer *postkolonial-informierten* Perspektive konnte ich aufzeigen, dass Opposition in *Versicherheitslichungsprozessen* über strategische Aushandlungen funktioniert, und konnte die Effekte und Konsequenzen von *Versicherheitslichungen* nachvollziehen. Als *almost the same but not quite* beschreibt Bhabha ([1994] 2012, p. 122) das koloniale Machtmuster, welches Kopien kolonialer Identität entwirft, sich jedoch in der Konsequenz als bedrohlich für die französische Mandatsverwaltung erwies. Diese paradoxe Dynamik zeigt sich in der Eingebundenheit Kameruns in das französische System, die begleitet wurde von der Sorge der französischen Verwaltung, dass diese Nähe zur Bedrohung werden könnte. Um die Balance zu halten, wurden zivilisatorische Differenzen hergestellt, mit denen die UPC und andere oppositionelle Kräfte von der Richtigkeit des frankophilen Weges überzeugt werden sollten. Mit Bhabha konnte ich außerdem auf den Handlungsspielraum der Akteure eingehen; er zeigte sich im upécistischen Navigieren zwischen den verschiedenen Ansprüchen der Internationalität und der Authentizität, des Sozialismus und des Nationalismus. Darüber hinaus bewies die Partei, dass sie fähig war, Themen wie Freiheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in Sicherheitssprache zu übersetzen und das eigene existenzielle Bedrohtsein zu kommunizieren. Mit dem Skandalon der staatlichen Repression konnte sie ferner internationale Aufmerksamkeit generieren, auch wenn eine tatsächliche Durchsetzung ihrer Inter-

essen scheiterte. Ungleich anderen afrikanischen antikolonialen Bewegungen ist es der UPC nicht gelungen, ihren Unabhängigkeitskampf zu heroisieren und daraus politisch Kapital zu schlagen. Auch hinsichtlich der Langzeitmuster von *Versicherheitlichungsversuchen*, die sich in das postkoloniale Regime einschreiben und sich institutionalisieren, boten postkoloniale Theorien wichtige Anknüpfungspunkte. Als *innere Kolonisierung* bezeichneten u.a. Fanon ([1961] 1981) und Mbembe (2001) den Prozess der Übertragung von Mustern. Ich habe gezeigt (Kapitel 6.4.), dass der postkoloniale Staat Kamerun die in der Treuhandzeit geschaffene *Grammatik der Sicherheit* als Begründungs- und Argumentationsmuster nutzte. In meiner Analyse konnte ich den Resonanzboden der Sicherheit herausstellen, der in der Treuhandzeit geschaffen wurde und auf dem die Politiken im postkolonialen Staat fußen.

7.2.3 *Versicherheitlichungskonkurrenz um Legitimität*

Zuletzt zeigt meine Arbeit, dass es zu einer *Versicherheitlichungskonkurrenz* vor dem Treuhandrat kam (Kapitel 6.3.). Aufgrund der Internationalisierung der Dekolonisierung und der besonderen Rolle des Treuhandrates im Falle Kameruns war es mir möglich, Debatten, Narrative und Handlungsabläufe, die in anderen Fällen nicht transparent waren und nicht einsehbar sind, nachzuvollziehen. Wie Artikulations- und Repräsentationsfähigkeit verhandelt wurden, wessen Bedrohungssprechakte delegitimiert wurden und wie diese zur Eskalation der Situation beitrugen – all dies wird in der Dreieckskonstellation zwischen französischer Verwaltung, UPC und Treuhandrat sichtbar. Dem Treuhandrat kam im Konflikt eine Schlüsselrolle zu, indem er Legitimität und Anerkennung, um die die beteiligten Akteure rangen, zuwies. Die Sprechakte von UPC und Verwaltung waren darauf ausgerichtet, Legitimität zu gewinnen und zu stärken. In dieser Situation zeigte sich die UPC nicht als »klassisch« *Subalterne* – vielmehr besaß die Partei eine hörbare, aber sehr umstrittene Artikulations- und Repräsentationsfähigkeit. Mit meiner Arbeit nahm ich insbesondere in den Blick, welche Mechanismen Artikulationsfähigkeit begünstigten oder verhinderten; mein Ansatzpunkt war dabei Sicherheit, in deren Verhandlung sich nämlich Ansprüche an Macht und politische Legitimität zeigten. Die funktionale Auswertung der Sprechakte legte die als schützenswert wahrgenommenen Güter und Narrative der Akteure offen. Die französische Verwaltung orientierte sich auf die Erhaltung und Stabilität des Systems hin, die UPC hingegen nutze ihren Handlungsspielraum, um beim Treuhandrat ihre Vorstellungen eines unabhängigen Staates einzubringen. So etablierte sich im Treuhandrat eine *Versicherheitlichungskonkurrenz*, in der das Sprechen über und die Konstruktion von Gewalt und Unsicherheit zum Marker für Positionalitäten und Repräsentation wurde. Die beteiligten Akteure beziehen sich auf den zukünftigen Staat und die zukünftige Nation und betten ihre konkurrierenden Handlungen und Sprechak-

te in bestimmte Narrative ein. Während die antikoloniale UPC sich auf den antikolonialen Befreiungskampf bezog und daraus Erklärungen generierte, verwies die französische Verwaltung fortwährend auf die Bedrohung des Kalten Krieges mit kommunistischer Weltordnung. Analog zu diesen konkurrierenden Deutungen wurden zwei konfliktive, konkurrierende Szenarien für die Zukunft Kameruns entworfen, die sich in den Heuristiken der Sicherheitssprechakte ausdrückte: Während die UPC die gänzliche Unabhängigkeit von Frankreich anstrebte, plante die französische Verwaltung Kamerun in ihr metropolitanes System einzubetten.

Letztlich erwies sich die Idee, mit dem Treuhandsystems eine friedliche Dekolonisierung Kamerun zu gestalten, als eher hinderlich. Vielmehr wurde das System selbst konfliktiv. Die UPC verglich es mit ihrem kolonialen Vorgängermodell, diese widersprüchlichen Vorstellungen sind auf die unterschiedliche Positionalität der Akteure im Feld zurückzuführen. Während die französische Verwaltung auf repressive Sicherheitspraktiken wie *Surveillance* (Überwachung), Parteiverbot und militärische Sondereinsatzzonen setzte, nutzte die antikoloniale UPC zunächst transnationale Netzwerke, Diplomatie und erst im Verlauf Gewaltmittel im bewaffneten Untergrundkampf. Beide Akteure nutzten den Staat und das Treuhandmandat als Legitimationsquelle – die französische Verwaltung, um ihr demokratisches Handeln zu unterstreichen, die UPC, um auf menschenrechtsfeindliche Ausschlüsse und fehlendes kamerunisches Mitspracherecht zu betonen.

7.3 Potentiale und Grenzen meiner Forschungstätigkeit

In dieser Arbeit habe ich eine Methodologie entworfen, die Theorien der internationalen Beziehungen mit Konzepten der postkolonialen Theorie *informiert*, was mich in ein *postkoloniales Dilemma* brachte (Kapitel 5.3.). Trotz des Dilemmas zwischen kritischen Anspruch und fortdauernden Hierarchien des materiellen politischen Kontexts, in dem ich mich bewege, habe ich mich dafür entschieden, den kamerunischen Dekolonisierungsprozess als geteilte Geschichte zu untersuchen und dabei herauszustellen, welche Langzeitwirkung internationales Engagement in einem *contrapuntal reading* (Said, 1994) hat. Zudem zeige ich, dass Archivforschung Theoriediskussionen in den IB befruchten kann, insofern sie dazu anregen kann, Konzepte zu hinterfragen, und indem sie ein stärker kontextualisiertes Verständnis von Sicherheitsdynamiken in Dekolonisierungskontexten unterstützt. Für mein Forschungsvorhaben war es mir wichtig, postkoloniale Konzepte jenseits deskriptiver Erläuterungen und verkürzter historischer Analogien einzubinden und sie analytisch zu nutzen. Es ging mir außerdem darum, das Potential postkolonialer Ansätze für *Versicherheitlichungstheorien* aufzuzeigen. Aus dieser Perspektive können über den Modus der *Versicherheitlichung* Momente des Wandels, (Dis-)Kontinuitäten und Umstrittenheit analysiert werden. So möchte ich herausstellen, dass